



Freiburg – Stadt für Alle?!

Kommunales Handlungsprogramm

Das „Handlungsprogramm Wohnen“ soll nun im Juli im Gemeinderat verabschiedet werden und die Rahmenbedienung der zukünftigen Wohnpolitik abstecken. Das ist erwartungsgemäß kein Grund zur Freude!

Das, was zu diesem Thema bis jetzt öffentlich ist, lässt befürchten, dass es hauptsächlich ein Neubauprogramm ist, in denen gerade die Menschen, die bezahlbaren Wohnraum brauchen, keine besondere Beachtung finden, bzw. die vorgegebenen Instrumente dazu völlig ungeeignet sind (Mieten um die 10 Euro/qm, sind kein soziales Programm). Gerade da dieses Handlungsprogramm nicht wirklich transparent diskutiert wird, sollten wir wachsam bleiben. Beispielhaft steht dieser Satz aus der Gemeinderatsdrucksache G-12/050 (S. 9):

„Um eine ausgewogene soziale Durchmischung der Freiburger Stadtteile zu fördern, sollte in Stadtteilen mit überdurchschnittlichen hohem Anteil an Mietwohnungen, wie beispielsweise Weingarten, der Erwerb von Wohneigentum mit speziellen Programmen auch in Zukunft gefördert werden.“

Wie bitte??!? Die Menschen, die sich in Freiburg gerade noch in Weingarten eine Mietwohnung leisten können, sollen neben den ständigen Mieterhöhungen (durch die FSB, GAGFAH, ...), auch noch durch ein Eigentumsprogramm unter Druck und letztendlich vor die Stadt gesetzt werden!

Mit dem Begriff der „sozialen Durchmischung“ werden Verdrängungen in den ökonomisch schwächeren Stadtteilen legitimiert. Als ob das Hauptproblem der Menschen dort ihre Nachbarn und nicht die hohen Mieten, niedrigen Löhne oder Hartz IV-Sätze wären. Gerade zu grotesk mutet das Ganze an, da gerade die Stadt(bau) z.B. in der Johann-Sebastian-Bach-Strasse (Herdern) „soziale Durchmischung“ zunichte gemacht hat, indem sie bezahlbare Mietwohnungen im großen Stil abgerissen und sie durch die in Freiburgs Osten ohnehin vorherrschenden Eigentums- und teuren Mietwohnungen ersetzt haben.

Eigentumsförderung im Westen und Abriss von Mietwohnungen im Osten!

In einer detailreichen Kritik an den Bebauungsplänen der Gutleutmatten (Haslach) zeigt der „Bauverein Wem gehört die Stadt!?“ auf, dass die Neubaupolitik keine Lösung, sondern Teil des Problems ist. „Baugebiete sind keine nachwachsenden Rohstoffe“ und müssen somit Initiativen zugute kommen, die

RECHT - AUF - STADT - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr** Das nächste Treffen findet am **12. Juli in Haslach** statt.

Dieses Mal „Recht auf Stadt“ im Stadtteil Haslach: Schaut auf die Homepage

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Stadtpolitik von A-Z zu finden auf
www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 12.07. „Recht auf Stadt“ - Treffen im Stadtteil | 20 Uhr
- 23.07. Gemeinderatssitzung (Verabschiedung kommunales Handlungsprogramm Wohnen) | 16.15 Uhr
Dazu wird es eine Aktion geben. Achtet auf Ankündigungen

Mehr Termine auf: www.rechtaufstadt-freiburg.de

dauerhaft sozialen Wohnraum zur Verfügung stellen. Denn die Neubaugebiete von gestern zur Lösung der Wohnungsnot (Vauban, Rieselfeld) sind die Hochpreisgebiete von morgen: „Ein Konzept der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit kann sich nicht auf Bindungsfristen von 15 oder 25 Jahre beschränken“. Das heißt, es braucht Modelle, die den Zugang zu Wohnraum nicht ausschließlich durch Marktkriterien bestimmen, sondern die dauerhaft Wohnraum dem Markt entziehen, und dies demokratisch organisiert. Und das geht aktuell nunmal am besten in demokratischer Selbstverwaltung wie es zum Beispiel das „Miethäuser Syndikat“-Modell ermöglicht (aber auch die Stadtbau könnte mit kleinen Stadtteilgenossenschaften, in denen die MieterInnen, das Sagen haben, einen ähnlichen Weg gehen).

Bauen, bauen, Scheiße bauen

Solange Neubaugebiete in der Marktlogik entstehen, führt dies logischerweise zu grotesken Situationen: So trägt das Neubaugebiet Gutleutmatten - also jenes Baugebiet, welches gerade den Wohnungsmarkt entspannen soll - im nächsten Mietspiegel mit den hohen Neubaumieten wohl sicher dazu bei, dass die „ortsüblichen Vergleichsmieten“ für ganz Haslach ansteigen werden.

Der Glaube, dass der Markt die Wohnungsfrage löst, führt in die Irre. Beispiele wie das Miethäuser Syndikat, aber auch zu Teilen die Wohnungspolitik der Weltmetropole Wien, zeigen, dass es um den Entzug des Wohnraums aus der Logik des Marktes geht, wenn das Grundbedürfnis Wohnen für Alle sichergestellt werden soll!

Polizeiakademie zum sozial-ökologischen Modellstadtteil

Die „selbstverwaltete, unabhängige Siedlungsinitiative“ (SUSI) in der Vauban feiert ihr 20 jähriges Jubiläum. Diese 20 Jahre zeigen, dass ein demokratisches, soziales und ökologisches Wohnen möglich ist, auch wenn es gegen viele Widerstände durchgesetzt werden muss. Während in der Vauban sonst die Mieten bei 10€/qm erst anfangen, schafft es die SUSI, mit 5,20€ Wohnraum auch für Menschen

mit wenig Geld erschwinglich zu halten und ein solidarischeres Miteinander zu ermöglichen. Was die SUSI in der Vauban geschafft hat, sollte auf dem 2016 leerwerdenden Areal der Polizeiakademie (Teil der „Freiburger Banane“) erst recht möglich sein. Hier muss ein neues Quartier von Unten entstehen, bevor es wieder die „üblichen Verdächtigen“ (Unmüssig, Sauer & Co.) ihren Kapitalinteressen unterwerfen. Das Gelände ist groß genug, um mehreren 100 Menschen ein sozial-ökologisches und demokratisches Zusammenleben zu ermöglichen.

STADT-FÜR-ALLE-NACHRICHTEN (Rückblick vom 15. Mai bis 15. Juni)

MENSCHENRECHTE IN DER EU
Amnesty International zeigt sich besorgt über die menschenrechtliche Situation in verschiedenen Ländern Europas. Trotz aller Kürzungen „sind sie [die Staaten] aufgrund sozialer Menschenrechte verpflichtet, Mindeststandards sozialer Versorgung aufrechtzu[...]halten“. Gemeint sind unter anderem das Dach über dem Kopf, Essen, ausreichende medizinische Versorgung.

KINDERARMUT IN GRIECHENLAND
Die UN-Hilfsorganisation (Unicef) macht sich große Sorgen um die Situation von Kindern in Griechenland. 597.000 Kinder leben an der Armutsgrenze. 322.000 haben nicht mal das, was ein Kind grundsätzlich braucht.

Der zuständige Ombudsmann für Kinderschutz in Griechenland teilte mit, dass 100.000 Kinder in Griechenland arbeiten.

ES WIRD IMMER TEURER!
Die Kosten fürs Wohnen (Nettokaltniete + Betriebskosten) sind nach Zahlen des Statistischen Bundesamt in den letzten 20 Jahren um 57% gestiegen, das berichtet die LBS-Bank. 1992 wurden durchschnittlich 20% des Einkommens fürs Wohnen ausgegeben, 2012 waren es 24%. Die 44%, die in Freiburg im Schnitt 2008 ausgegeben wurden, machen die Miet- und Einkommensmisere in Freiburg deutlich. Diese ist 5 Jahre später - bei sinkenden Löhnen, stagnierendem Hartz IV, nicht angepassten Wohngeldsätzen und stetig steigenden Mieten - noch unerträglicher. In Sachen Mietsteigerungen ist Freiburg auf Platz 5 (21.3% von 2008-2012) bei Neu- und Wiedervermietungen, die liegen nun bei 10,12€/qm. Mietwahnsinn stoppen!

HETZEN GEGEN ROMA
Die Hetze, die Innenminister Friedrich gegen „Armutsfüchtlinge“ an den Tag legt, erinnert an vor 20 Jahren, als unter anderem in Rostock-Lichtenhagen der Hass auf Roma und MigrantInnen geschürt wurde, bis Häuser brannten. So äußerte Friedrich: „wenn sich dann erst einmal herumgesprochen hat, was in Deutschland mit Sozialleistungen möglich

ist, können wir uns auf etwas gefasst machen.“

Der damalige Innenminister Seifers sagte, nachdem die Häuser brannten: „Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts, der dazu geführt hat, dass wir einen unkontrollierten Zustrom in unser Land bekommen haben.“

Da wird zwar ein Denkmal an die im Dritten Reich ermordeten Sinti und Roma eingeweiht, gleichzeitig macht der deutsche Städtetag aber Panik mit verlogenen Statistiken. Diese nimmt die NPD dankend auf und spricht von „Zigeunerflut“. Das und der weit verbreitete Antiziganismus, lässt Schlimmes ahnen.

WOHNUNGSNOT IN POLEN
In ganz Polen nimmt die Wohnungsnot zu. Immer häufiger entstehen an den Rändern der größeren Städte Containersiedlungen. Dort leben Menschen, „die kein Geld für die steigenden Mieten in sanierten Mietshäusern haben oder die auf eine Sozialwohnung warten.“ Ebenso nimmt die Zahl der Zwangsräumungen stetig zu. Jedoch werden nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse als Missstand erkannt, sondern die Menschen, die dort leben müssen, werden als „Mülltonnen-Menschen“ bezeichnet.

ZWANGSRÄUMUNG BEGINNT HIER
Die geschäftige Richterin Paschke, verantwortlich für Zwangsräumungsurteile in Berlin, wurde von der Initiative 'Zwangsräumungen verhindern' besucht. Die Richterin verdiente sich gerade ein Nebeneinkommen, indem sie VermieterInnen informierte, wie sie mit den neuen Mietrechtsänderungen noch besser Menschen auf die Straße setzen können. „Das heutige Seminar zeigt mal wieder die enge Verzahnung von Justiz und Immobilienwirtschaft. Wir wollen Sand in das Getriebe streuen, welches die Zwangsräumungen produziert.“

GENOSSENSCHAFT VON UNTEN
Die Initiative „Genossenschaft von Unten“ in Berlin hat einen Offenen Brief an alle Berliner Wohnungsgenossenschaften geschrieben. Darin fordert sie, „auf die

Anwendung der neuen Bedingungen und auf die damit verbundenen zusätzlichen Einnahmen bzw. Einsparungen freiwillig zu verzichten“, die die Mietrechtsänderung zum 1. Mai gebracht hat. Darüber hinaus soll die Mietpreisspirale bei Neuvermietungen, aber auch im Bestand gestoppt werden. Die Forderungen könnten auch 1:1 an die Freiburger Stadtbau und die Genossenschaften gestellt werden - es braucht mehr Genossenschaften von Unten.

TRÄNENGAS-DEMOKRATIEN
Was mit den Protesten gegen die Zerstörung und Bebauung eines Stadtparks in Istanbul angefangen hat, ist nun zu einem landesweiten Protest gegen die autoritäre türkische Regierung ausgeweitet. Diese setzt auf Tränengas, Blend- und Schockgranaten, sowie Wasserwerfer und prügelnde Polizei, statt auf Argumente. Die heuchlerische Empörung, die nun aus der EU kommt, ist bezeichnend: Kaum ein Treffen der Politik (G8, S21, Krisenproteste und aktuell Blockupy in Frankfurt), in dem Demonstrierenden nicht einem gewalttätigen Polizeiapparat gegenübersteht. Aber jetzt wird sich (von SPD bis FDP, EU, ...), mal so richtig empört!

In Freiburg und anderen Städten, gingen Menschen aus Solidarität auf die Straße!

[Fr] **GUTLEUTMATTEN-BESETZUNG**
In einer nächtlichen Tanzparade gingen am 9. Juni über 1300 Menschen auf das nun seit 2 Jahren leerstehende Gelände der Gutleutmatten und besetzten dieses kurzfristig. Es wurde die Forderung nach mehr Wagenplätzen erhoben.

[Fr] **GREEN CITY HOTEL ERÖFFNET**
Das durch die MieterInnen der Freiburger Stadtbau bezahlte Prestigeobjekt im Eingang der Vauban ist nun eröffnet. Wieder einmal zeigt sich, wie z.B. nach dem Bau des Kunstdepots, dass die Mietzahlung der MieterInnen zweckentfremdet werden. Anstatt die Mieten niedrig zu halten und soziale Wohnungspolitik zu betreiben, werden Prestigeobjekte der Green shitty finanziert.